



Stadtkämmerer
Axel Imholz

Haushaltsrede 2018/2019

anlässlich der Einbringung des
Haushaltsplanentwurfes in die
Stadtverordnetenversammlung
am 5. Oktober 2017

**Sperrvermerk für Presseveröffentlichung
5. Oktober 2017, 17:00 Uhr**

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

heute lege ich Ihnen den Doppelhaushalt 2018/2019 vor
und stelle diesen unter das Motto:

**Der Haushalt ist ein Drahtseilakt
und: Es gilt die Balance zu halten**

Weshalb habe ich dieses Motto gewählt?

Die Aufstellung des letzten Doppelhaushalts für 2016/2017 war für uns alle mit Einschnitten verbunden, wir mussten aufgrund der erwarteten Rahmendaten eine Konsolidierung im Planwerk vorsehen.

Durch eine sehr gute Gewerbesteuerentwicklung konnte 2016 statt eines geplanten Defizits von 8,6 Mio. € ein überraschender Überschuss in Höhe von rund 55 Mio. € erreicht werden.

Auch für 2017 rechnen wir aufgrund einer weiterhin guten Gewerbesteuerentwicklung und erhöhter Schlüsselzuweisungen mit einem Überschuss im zweistelligen Bereich.

Beide Ergebnisse beruhen auf einer wesentlichen Ertragsverbesserung, die Aufwandsseite hat sich nicht reduziert.

Diese positiven Entwicklungen haben uns nun aber eingeholt, da die Schlüsselzuweisungen um 36 Mio. € geringer ausfallen werden als geplant. Dies ist in dem von mir vorgelegten Kämmererentwurf noch nicht berücksichtigt.

Bislang konnte von einem leichten Plus pro Haushaltsjahr ausgegangen werden. Das sieht jetzt anders aus.

Als Kämmerer muss ich auf der einen Seite die Gesamtentwicklung und damit die Machbarkeit im Auge behalten, daneben sind natürlich die Ziele der Stadt und ihre Umsetzung zu sehen. Damit wären wir bei dem Drahtseilakt, bei dem es gilt die Balance zu halten.

Gesamtvolumen:

Der vorgelegte Doppelhaushalt plant im Ergebnishaushalt mit Erträgen in einem Volumen von rund 1,2 Milliarden € in 2018 und in 2019 und mit Aufwendungen von ebenfalls rund 1,2 Milliarden € in jedem Jahr.

Für Instandhaltungen sind rund 34 Mio. € in 2018 und 32 Mio. € für 2019 vorgesehen. Noch einmal mehr als in den Vorjahren.

Für Investitionen sind 44,8 Mio. € in 2018 und 37,6 Mio. € in 2019 eingeplant. Damit ist ein Ausgabevolumen mit rund 60 Mio. € pro Jahr umsetzbar.

Entwicklungen in den letzten Jahren:

Die Gewerbesteuer beeinflusst als konjunkturabhängige Größe maßgeblich, ob die Verwaltung Überschüsse oder Verluste produziert. Ihr Anteil an den gesamten Erträgen betrug in 2016 26 %. Sie ist, wenn überhaupt, nur durch die Gestaltung der Hebesätze und die Schaffung eines unternehmensfreundlichen Umfelds steuerbar.

Auch die Gemeindeanteile an der Einkommensteuer tragen wesentlich zum Erfolg des Ergebnisses bei, schwanken allerdings nicht so stark. Zusammen machen beide Positionen ca. 40 % aller Erträge aus.

Demgegenüber zeigen sich die Entwicklungen auf der Aufwandsseite bei weitem unelastischer. Die Konsolidierung der vergangenen Jahre führte lediglich zu einem Verlangsamten des Zuwachses.

Tatsächlich stieg die Zahl der Mitarbeitenden in den letzten 10 Jahren von 3.159 auf 3.900 Vollzeitäquivalente, die Instandhaltung von 19 Mio. € auf 31 Mio. €. Um nur zwei Bereiche zu nennen.

Alle Entscheidungen – der Vergangenheit und Zukunft -, die dauerhaft einen höheren Personalaufwand bedeuten, führen erfahrungsgemäß auch zu einem Ansteigen der Sachaufwendungen.

Strategische Weichenstellungen, wie der Bau des Rhein-Main-Congress-Centers (RMCC), der Ausbau der Kinderbetreuung oder die City-Bahn haben eine dauerhafte Belastung des Haushalts zur Folge, teilweise Jahre später als die Beschlussfassung.

Entscheidungen die, jede für sich genommen, wichtig für die zukunftssichere Ausrichtung unserer Stadt sind, die aber im Krisenfall dazu führen, vorhandene Rücklagen schnell aufzuzehren und uns langfristig ins Defizit laufen zu lassen, wenn die Einnahmeseite nicht Schritt hält.

Wir sind in der glücklichen Lage, im Gegensatz zur Mehrzahl der anderen Kommunen, über nennenswerte Rücklagen zu verfügen. In den Krisenjahren 2009 bis 2011 wurden in nur drei Jahren 150 Mio. € unserer ursprünglich 208 Mio. € starken Rücklagen verzehrt. Es dauerte fünf Jahre, um die Rücklagen wieder auf ca. 150 Mio. € anwachsen zu lassen. Wir sind also immer noch ein gutes Stück weit von unseren ehemaligen Spitzenwerten entfernt.

Um den laufenden Doppelhaushalt 2016/2017 haben wir vor zwei Jahren schwer gerungen. Es waren keine einfachen Beratungen, bei denen wir damals von zwei Haushaltsjahren mit leichten Defiziten ausgehen mussten. Das Haushaltsjahr 2016 haben wir, wie gesagt, weit besser abgeschlossen als erwartet. Es gab einen Jahresüberschuss von rund 55 Mio. €. Und auch in diesem Jahr zeichnet sich ein zweistelliger Überschuss ab.

Natürlich freut mich das als Kämmerer. Andere mag das in der Ansicht bestätigen, dass das Finanzdezernat in der Planung ein zu „vorsichtiger Kaufmann“ ist.

Deshalb möchte ich ganz kurz auf die zentralen Punkte dieser Verbesserung eingehen, da sie Wirkungen auf den Haushalt 2018/2019 haben werden:

Wir haben 2016/2017 nicht gespart und nicht konsolidiert. Im Gegenteil, unsere laufenden Personal- und Sachkosten sowie die Transferleistungen sind weiter gestiegen. Wir haben 2016 73 Mio. € mehr ausgegeben als geplant und 92 Mio. € mehr als im Vorjahr. Davon wurde ein großer Anteil vom Land oder Bund erstattet, aber eben nicht alles.

Was wirklich zu den guten Ergebnissen 2016/2017 führt, ist die Gewerbesteuer. In 2016 lag sie 45 Mio. € über dem Planwert. In diesem Jahr zeichnet sich ein noch besseres Ergebnis ab. Sollte nichts Unvorhersehbares mehr passieren, erwarten wir für 2017 einen Einnahmerekord.

Bevor sich alle freuen und die Überschüsse verteilen wollen, die Kehrseite der Medaille:

Die sehr gute Steuerentwicklung wirkt im folgenden Jahr im Kommunalen Finanzausgleich (KFA) auf die Höhe unserer Schlüsselzuweisungen.

Die Steuerkraftmesszahl der Kommune – sozusagen alle unsere Steuereinnahmen - wird im KFA von dem dort ermittelten Bedarf abgezogen.

Für die Bemessung 2018 gelten die Kasseneinnahmen der 2. Jahreshälfte 2016 und der ersten Jahreshälfte 2017. Unsere sehr guten Jahre.

In der vorläufigen Festsetzung der Schlüsselzuweisungen 2018 durch das Land - die uns seit letzter Woche vorliegt - steigt die Steuerkraftmesszahl gegenüber dem Vorjahr um 40 Mio. €. Das ist – sehr vereinfacht ausgedrückt – unser Überschuss 2016.

Insbesondere die verbesserte Steuerkraft führt dazu, dass die Schlüsselzuweisungen in 2018 36 Mio. € unter dem Planwert des ihnen vorliegenden Kämmererentwurfs liegen werden.

Hier gilt der Spruch „Wie gewonnen, so zerronnen“.

Das Unangenehme an der Gewerbesteuer ist, dass sie so schlecht planbar ist. Und das bei einer Ertragsposition, die 26% unserer Erträge stellt.

In den letzten Jahren sind wir mit angenehmen Einzeleffekten überrascht worden. Allerdings sollten wir nicht vergessen, dass uns 2009 – nach einer ähnlich positiven Entwicklung - die Gewerbesteuer um 39% weggebrochen ist. Umgelegt auf den heutigen Stand wären das 132 Mio. €. In etwa der Stand der ordentlichen Rücklage Ende 2016.

Im Übrigen zahlen nur 20 steuerpflichtige Unternehmen etwa 56% der im Jahr veranschlagten Gewerbesteuer, also circa 160 Mio. €. Würde einer oder zwei der größten Steuerzahler ausfallen, wären das für uns erhebliche Mindereinnahmen.

Für solche Risiken gibt es die Ergebn isrücklage. Wenn sich deren absolute Höhe auch imposant anhört – es relativiert sich, wenn man nur die Risiken aus der Gewerbesteuer dagegen stellt.

Der Ihnen vorliegende Kämmererentwurf ist ausgeglichen. Er berücksichtigt gegenüber dem laufenden Haushalt Steigerungen bei den Personalaufwendungen, Bereinigung von Einmaleffekten und stellt die Dezernate damit besser.

ANREDE

Schuldenstand, Liquidität, Zinsentwicklung:

Wiesbaden befindet sich finanziell auf gutem Kurs. Wir stehen im Bundesvergleich und auch hessenweit gut da. In vielen Kommunen ist inzwischen keine ausreichende Finanzausstattung mehr gegeben. Darunter leidet in der Konsequenz die kommunale Selbstverwaltung.

Während die Summe der Kassenkredite in den Städten und Gemeinden bundesweit in den vergangenen Jahren weiter drastisch angestiegen ist, verfügen wir weiterhin über eine gute Liquidität.

Das sichert uns gute Finanzierungsbedingungen und weitgehende Autonomie bei unseren Entscheidungen. Unser gemeinsames Ziel sollte daher sein, das auch in Zukunft zu erhalten.

Welche negativen Konsequenzen Städten hinsichtlich ihrer Handlungsspielräume drohen, kann bundesweit an den aktuellen Schutzschirmmechanismen bzw. in unserem Bundesland auch beim Thema „Hessenkasse“ beobachtet werden.

Unser Schuldenstand betrug Ende 2016 insgesamt rund 358 Mio. €. Das ist vergleichsweise niedrig, auch im Hinblick auf die Pro-Kopf-Verschuldung.

Das weiterhin vorhandene Niedrigzinsumfeld hat auch für uns Vor- und Nachteile.

Kommunen als Dauerschuldner profitieren von den niedrigen Zinsen im Hinblick auf das Darlehensportfolio. Andererseits trifft uns das niedrige Zinsniveau auf der Anlageseite in negativer Hinsicht. Für Termingeldanlagen sind für Laufzeiten unter einem Jahr kaum noch Zinsen zu erwirtschaften.

Auch die langfristige Anlage der ESWE-Verkaufserlöse (aus 2001) stellt uns vor große Herausforderungen.

Sie haben uns beauftragt, einen Spezialfonds in Höhe von 35 Mio. € bei der Nassauischen Sparkasse als Anlage aufzulegen. Der auf unsere Bedürfnisse zugeschnittene „konservativ“ und vorsichtig ausgerichtete Fonds bietet mehr Chancen auf eine bessere Rendite bei überschaubaren Risiken.

Im Verlauf dieses Jahres hat sich der Spezialfonds durchaus positiv entwickelt. Die aktuelle Rendite beläuft sich auf rund 1,5%. Es bleibt abzuwarten wie sich diese Entwicklung fortsetzt.

Auch das Thema Finanzmanagement bleibt ein Drahtseilakt.

Beteiligungen:

Schauen wir nun auf die für den Haushalt wesentlichen Vorgänge in unseren Beteiligungen,

- WVV Wiesbaden Holding GmbH

Die Ausschüttung der WVV Wiesbaden Holding GmbH an die Stadt ist ein wichtiger Beitrag zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes. Mit der Einführung eines Beteiligungskodexes liegt das Ziel in einer jährlichen Vollausschüttung des Gewinns der Gesellschaft, der in 2017 bei knapp 15 Mio. € liegen wird.

- ESWE Verkehr

Die künftigen Ergebnisse der WVV Wiesbaden Holding GmbH werden wesentlich durch die Entwicklung des Verkehrsbereiches bestimmt. Dort ist ein großflächiger Ausbau von Verkehrsleistungen geplant. Dies umfasst die Planung und Vorbereitung einer City-Bahn, die Umstellung von Diesel-Busse auf E-Busse sowie ergänzende Mobilitätsangebote (wie Fahrradverleihsystem und Carsharing). Das bedeutet einen hohen Finanzierungsbedarf für die geplanten Investitionen.

Die Planung der City-Bahn zeigt etwa einen investiven Zuschussbedarf mit Fertigstellung von über 70 Mio. €. Die Umstellung der Busflotte soll bereits in 2018 und 2019 erfolgen und wird allein für die Anschaffung der E-Busse einen Investitionsbetrag in Höhe von rund 41 Mio. € in Anspruch nehmen.

Das laufende Defizit der Verkehrsgesellschaft wird durch die Maßnahmen voraussichtlich deutlich steigen, damit das Ergebnis der WVV Wiesbaden Holding GmbH und somit die Fähigkeit zur Ausschüttung an die Stadt mindern.

- Wohnungsbaugesellschaften

Bei der dringend erforderlichen Schaffung von bezahlbarem Wohnraum setzen wir maßgeblich auf die städtischen Immobiliengesellschaften GWW/GeWeGe, SEG sowie Wibau und WIM.

Die GWW als größtes städtisches Wohnungsbauunternehmen mit einem Jahresüberschuss in Höhe von mehr als 7 Mio. € in 2017 führt rund die Hälfte ihres Gewinns an die WVV Wiesbaden Holding GmbH ab. Sie plant künftig erhebliche Investitionen in Grundstücke und Neubauten, um die steigende Nachfrage an Wohnraum durch städtisches Angebot, auch im geförderten Wohnungsbau, befriedigen zu können.

Hier wird der Druck in den kommenden Jahren noch zu nehmen, wenn wir nicht schnell handeln.

- TriWiCon / RMCC / Kurhaus

Im Frühjahr 2018 ist die Eröffnung des neuen RMCC geplant, womit eine Investitionssumme von rund 195 Mio. € zum Abschluss kommt. Dass Zeitplan und der Kostenrahmen weitgehend gehalten wurden, darf man bei einem Projekt dieser Größenordnung schon mal hervorheben.

Die Kehrseite: Der laufende Betrieb des Messe- und Kongresszentrums erhöht die jährlichen Fehlbeträge und damit den Zuschussbedarf der Stadt. Teilweise sind die Erhöhungen im Kämmererentwurf enthalten. Allein durch Abschreibungen und Zinsen des Neubaus müssen zusätzlich rund 6 Mio. € im Jahr durch Umsätze aus Messe und Kongresse erwirtschaftet werden.

- **Mattiaqua - städtische Bäderbetriebe**

Mattiaqua bildet mit den insgesamt 8 Bädern eines der Aushängeschilder der Landeshauptstadt. Der städtische Bäderbetrieb weist seit Jahren sinkende Kostendeckungsgrade auf: konnten in 2013 noch fast 50 % der Kosten durch eigene Erlöse gedeckt werden, so waren dies in 2016 nur noch rund 40 %. Um die Attraktivität der Bäder zu fördern und die einzelnen Einrichtungen strukturiert zu ertüchtigen, wurde die Erstellung eines Bäderkonzeptes beschlossen.

Erste Zwischenergebnisse sprechen für einen Ersatzneubau für das marode Freizeitbad Mainzer Straße. Der geplante Zuschussbedarf 2018/2019 beträgt weiterhin 7,8 Mio. €. Es ist jedoch absehbar, dass die bisher veranschlagten Mittel nicht ausreichen werden.

Schwerpunkte:

Bildung und Ausbildung sind für unsere Gesellschaft zentrale Themen. Integration, Demographieentwicklung und Digitalisierung gewinnen weiter an Bedeutung und erzeugen auch für die Kommunen Handlungsdruck.

Aus der Stadtstatistik wissen wir: Wiesbaden wird kinderreicher. Das ist gut. Das setzt uns aber auch unter Druck.

Die **Kinderbetreuung** ist im letzten Jahrzehnt DER Wachstumsbereich in unserer Stadt gewesen: Im September 2006 sind wir gestartet mit der Feststellung eines Mehrbedarfs von 421 Krippenplätzen. Dabei wurde eine Versorgungsquote von 20% unterstellt. 2011 haben wir die Quote dann an Wiesbadener Verhältnisse angepasst und auf 48% festgelegt.

Was haben wir erreicht?

Aus den damals genannten 421 zusätzlichen Plätzen sind fast 1.900 zusätzliche Krippenplätze geworden. Und trotzdem haben wir die gewünschte 48% Quote noch nicht erreicht, denn die Zahl der Kinder unter 3 Jahren ist gleichzeitig gestiegen. Die Prognosen zeigen für die nächsten 10 Jahre weiterhin Steigerungsraten.

Betrieb und Ausbau von Krippen-, Elementar- und Hortplätzen binden in dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf im Jahr 2019 ca. 112 Mio. €. Das sind rd. 23 Mio. € mehr als noch im Jahr 2014.

Damit ist der im Mai dieses Jahres beschlossene weitere Ausbau im Elementar- und Hortbereich noch nicht finanziert. In den anstehenden Haushaltsplanberatungen werden wir dafür Lösungen finden müssen.

Steigende Kinderzahlen bedeutet auch höhere Schülerzahlen - und die bedeuten höheren Raumbedarf. Das haben Eltern und Schüler an den Schulen gemerkt, an denen wir für eine Übergangszeit Container aufstellen mussten.

Der Schulbau ist und bleibt ein Schwerpunkt der Stadtpolitik.

Wir haben aus eigenen Mitteln das Budget für die Instandhaltungsmaßnahmen und Investitionen an Schulen immer wieder erhöht.

Das allein reicht aber nicht aus.

In 2007 standen rd. 35 Mio. € städtische Mittel zur Verfügung. Davon wurde in dem Jahr etwa die Hälfte wirklich kassenwirksam ausgegeben.

Sie erinnern sich an den „Investitionsstopp“ für Schulbauprojekte vor zwei Jahren?

Da stand immer noch Budget zur Verfügung, aber es war in einzelnen Projekten gebunden, die aus verschiedenen Gründen nicht zeitnah umgesetzt werden konnten. Hier war das Konzept zu starr und unflexibel. Es gab keine Möglichkeit, die Mittel kurzfristig anders einzusetzen.

Bis 2017 ist das städtische Budget für die Schulen aus den Resten der Vorjahre und dem jährlich neuen Budget auf etwa 65 Mio. € angewachsen. Diese Größenordnung kann in einem Jahr kaum ausgegeben werden.

Was ist zu tun?

Wir verändern unsere Prozesse. Das Ziel ist es, mehr Maßnahmen umzusetzen, d.h. Geld auszugeben – nicht Budget anzuhäufen.

Eigentlich schon verblüffend, wenn das der Kämmerer sagt.

Und bereits als „nur“ Kämmerer habe ich das Kassenwirksamkeitsprinzip mit eingeführt:

- Der Steuerungszeitraum verlängert sich von den zwei Jahren eines Doppelhaushalts auf vier Jahre.
- Das Budget ist flexibler und nicht mehr auf nur eine Maßnahme geparkt.
- Es gibt vereinfachte Spielregeln, mit denen das Budget verschoben werden kann.
- Wenn eine geplante Maßnahme nicht zeitnah realisierbar ist, dann wird eine andere Maßnahme umgesetzt.

Jetzt als Kämmerer und Schuldezernent habe ich darüber hinaus eine Task Force eingesetzt, die intensiv und eng getaktet die Mittel und Schnittstellen steuert, um mehr Maßnahmen umzusetzen.

Im Kämmererentwurf stehen für Neu- und Anbauten von Schulen in 2018 rund 25 Mio. € und rund 16 Mio. € in 2019 zur Verfügung. Weitere 12 Mio. € stehen aus dem KIP II-Programm zur Verfügung – wovon die Stadt 3 Mio. und das Land immerhin 9 Mio. trägt.

Darüber hinaus gibt es Instandhaltungsmittel in Höhe von rund 10 Mio. € in 2018 und 8 Mio. € in 2019. Diese Mittel dienen für reine Sanierungsarbeiten wie defekte Toiletten, Türen usw. Die Instandhaltungsmittel haben wir gegenüber den Vorjahren noch einmal erhöht.

Das liegt unter dem, was momentan als „Bedarf“ im Raum steht. Für mich hat Vorrang, dass wir das, was an Geld da ist, auch wirklich in BETON gießen, d.h. verbauen.

Über zusätzliches Budget für weitere Maßnahmen können wir gerne reden - sollten dabei aber realistisch sein.

ANREDE

Kassenwirksamkeit / Finanzplanungszeitraum einführen

Im Oktober 2013 habe ich als Kämmerer meinen ersten Haushaltsplan eingebracht.

Bereits damals haben uns die hohen Budgetreste bei den Investitionen und Instandhaltungen beschäftigt. Meine Aussage war für den Haushalt 2014/2015: „Diese Haushaltsreste reichen aber mittlerweile aus, einen kompletten Doppelhaushalt bestreiten zu können. Hier ist weniger mehr.“

In den Beratungen zum laufenden Doppelhaushalt wurde ich von Ihnen gebeten, bei der Aufsichtsbehörde nach der Zustimmung zu einer nochmal höheren Darlehensaufnahme anzufragen. Konkret sollte die geplante Darlehensaufnahme um weitere 5 Mio. € pro Jahr erhöht werden. Die Aufsichtsbehörde lehnte ab – auch mit dem Hinweis, dass die vorhandenen Mittel nicht abgearbeitet würden.

Dem quartalsweisen Investitionscontrolling 2016 konnten sie entnehmen, dass zahlreiche Maßnahmen zwar ein Budget haben, aber in dem Jahr nicht umgesetzt werden konnten.

Und auch wenn Sie dieses Jahr die Blätter des erweiterten Investitionscontrolling anschauen: die in 2017 veranschlagten Werte werden nicht vollständig zahlungswirksam werden.

Hier gilt es anzusetzen:

Das im Schulamt eingeführte Pilotmodell Kassenwirksamkeit ist meiner Ansicht nach der richtige Weg:

- Wir müssen den Betrachtungszeitraum verlängern, denn kaum ein größeres Bauprojekt wird komplett in einem Doppelhaushalt zahlungswirksam abgewickelt.
- Wir brauchen flexiblere Steuerungsinstrumente, mit denen Budgets unterjährig und über Jahreswechsel hinweg besser gesteuert werden können.
- Wir brauchen einfachere Prozesse bei der Beauftragung und Abwicklung.

Ich bin zuversichtlich, dass wir aus dem Pilotmodell Ideen und Erkenntnisse gewinnen, die wir dann auch auf andere Bereiche übertragen können.

Wir sollten uns aber nicht nur auf die beiden nächsten Haushaltsjahre konzentrieren, sondern auch den übernächsten Haushalt im Auge behalten. Nur so können wir die Maßnahmen, die sich über zwei Haushaltspläne erstrecken, auch verfolgen.

Der Kämmererentwurf sieht Investitionen und Instandhaltungen in Höhe von rd. 80 Mio. € in 2018 und rd. 70 Mio. € in 2019 vor, die bereits deutlich über den Istausgaben der Vorjahre liegen.

ANREDE

Wir müssen uns auch auf andere Zukunftsthemen einstellen.

Die **Digitalisierung** als gesellschaftlicher Megatrend wirkt sich auch auf unsere Verwaltung aus. Smartphones, Tablets, Webshops und online Kommunikations- und Bezahlungsmöglichkeiten gehören mittlerweile wie selbstverständlich zu unserem Leben.

Digitalisierung ist auch für uns als Stadt eine Chance. Wenn wir sie konsequent nutzen, können wir in Zukunft mit unseren Verwaltungsleistungen qualitativ besser werden, wir können schneller werden und – nicht unwichtig - Ressourcen schonen.

Wir sind da in Wiesbaden auch schon gut gestartet.

Mit der elektronischen Aktenführung ergeben sich im Steuer- und Sozialbereich aktuell viele neue Möglichkeiten, indem z. B. die Akten parallel und ortsunabhängig verfügbar sein können. Rechnungen an die LHW werden bald ausschließlich elektronisch bearbeitet. Das bedeutet pro Jahr eine hunderttausendfache Einsparung von Zeit und Papier. Viele Urkundenbestellungen von Bürgern können komplett online abgewickelt werden, inklusive der Bezahlung.

Unser Weg zur digitalen Verwaltung folgt nicht einem Spardiktat – sondern schlicht der Notwendigkeit. Nicht nur die Veränderung in unserer Gesellschaft, sondern auch der Arbeitsmarkt zwingen uns auf diesen Weg, wenn wir die Qualität der von der Verwaltung erwarteten Leistungen sichern wollen.

Zu dieser Qualitätssicherung soll auch die **AG Struktur** beitragen.

Ziele der AG Struktur sind:

- Die Darstellung der Hauptaufgaben der Ämter und die rechtliche Bindung (Gesetz, Verordnung) sowie die Aufwendungen.
- Vorschläge der Mitarbeiter der Ämter zu Optimierungen zu erarbeiten.

Der Schwerpunkt liegt dabei nicht auf Einsparungen in den Fachbereichen. Vielmehr sollen im Hinblick auf die demografische Entwicklung Ressourcen frei geschaufelt werden.

Begonnen wurde mit 2 Pilotämtern (Personal- und Organisationsamt / Kassen- und Steueramt). In beiden Ämtern wurden über 200 Ideen und Vorschläge zur Optimierung aufgenommen.

Als Sofortmaßnahme wurden beim Kassen- und Steueramt im Rahmen der Regelausstattung Laptops eingesetzt, die ein variableres Arbeiten und Homeoffice ermöglichen. Im Personal- und Organisationsamt wurde der Einsatz eines medienbruchfreien Bewerbungsverfahrens beschlossen.

Im Sommer wurden die nächsten beiden Ämtern (Gesundheits- und Sportamt) einbezogen.

Die Ergebnisse aus den Ämtern werden systematisch erfasst, ausgewertet und mit zunehmender Zahl auch objektiviert, um als Entscheidungsgrundlage für strukturelle Entscheidungen genutzt werden zu können. Unverzichtbar bleibt auch dann die Einbeziehung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

ANREDE

Auch in einem weiterhin günstigen wirtschaftlichen Umfeld steht die Landeshauptstadt Wiesbaden nicht nur wegen des prognostizierten Bevölkerungswachstums und der demografischen Entwicklung vor großen Herausforderungen.

Einige wie den Ausbau der Kinderbetreuung, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, die Investition in Schulen, die Realisierung eines nachhaltigen Verkehrsverbundes oder die Neuausrichtung des Messe- und Kongresswesens habe ich schon angesprochen.

Andere Schwerpunkte der Stadtpolitik, die die Kooperationsfraktionen vereinbart haben, konnten im Kämmererentwurf auf Grund der Zeitabläufe und der erst unterjährig erfolgten Neuregelung der Aufgabenbereiche nicht berücksichtigt werden. Ich verweise hier auf eine Vielzahl von Sitzungsvorlagen, die in die Haushaltsberatungen überwiesen wurden.

Beispielhaft sei die Stärkung der Gefahrenabwehr mit einer geplanten Personalaufstockung bei der Stadtpolizei genannt. Dies soll insbesondere dem verstärkten Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung Rechnung tragen. Zusätzliche Mittel werden zudem für die Sicherheitsausstattung (mit Gerät und baulichen Maßnahmen) benötigt. Auf die gefühlte Unsicherheit in Teilen der Stadtbevölkerung müssen wir auch kommunalpolitisch Antworten geben.

Im Bereich der Kultur liegen Zuschussanträge mit einem zusammengerechten Zusetzungswunsch von rund 2 Mio. € vor. Hinzu kommen Ausgleichsbedarfe der Volkshochschule und der Musik- und Kunstschule von zusammen über 500.000 € sowie die noch nicht beschlossenen Mittel für den neu zu wählenden Kulturbeirat. Die Kultur in Wiesbaden wartet auf ein positives Signal aus dem Rathaus.

Eine Daueraufgabe bleibt die Integration der in Wiesbaden lebenden Flüchtlinge. Nachdem die Unterbringung und Versorgung der neu Angekommenen mit viel Engagement gemeistert wurde und wird, geht es zunehmend um die Folgeangebote. Das gilt für die Integration in den Arbeitsmarkt ebenso wie um zusätzliche Kapazitäten in der Kinderbetreuung und den Schulen. Wenn uns das gemeinsam gelingt, wird unsere Stadt langfristig davon profitieren.

ANREDE

Sehen Sie es mir nach, wenn ich nicht jeden Bereich der Stadtpolitik hier angesprochen habe. Die angemeldeten Mehrbedarfe sind aus fachlicher Sicht mit Sicherheit durchweg nachvollziehbar.

Auf eines muss ich Sie als Kämmerer aber aufmerksam machen: Die Summe ALLER Mehrbedarfe würde bei entsprechender Aufnahme in den Haushalt zu einem negativen Jahresergebnis von über 100 Mio. Euro führen. Über 100 Mio. Euro MINUS!

Ein genehmigungsfähiger Haushalt wäre damit nicht zu erreichen.

ANREDE

In den kommenden Haushaltsplanberatungen werden wir uns darüber verständigen müssen, wie wir mit den Veränderungen in der Allgemeinen Finanzwirtschaft und den zusätzlichen Wünschen der Dezernate umgehen.

Ein Drahtseilakt, bei dem wir die Balance zwischen Wünschenswertem und Machbarem halten müssen.

Dank

Abschließend möchte ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen aus den Dezernaten und Ämtern bedanken, die wie immer professionell und zuverlässig dazu beigetragen haben, dass ich Ihnen heute den Haushaltsplan-Entwurf vorlegen kann.

Mein ganz persönlicher Dank gilt dabei dem Team der Kämmererei.

Herausgegeben von:

Landeshauptstadt Wiesbaden–Kämmerei Hasengartenstraße 21
65189 Wiesbaden

Telefon: (0611) 31-2525

E-Mail: kaemmerei@wiesbaden.de

Internet: www.wiesbaden.de